

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 7

Artikel: Innerpolitischen Wandlungen [Schluss]
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329966>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MÄRZ 1929

HEFT
8. JAHRGANG

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSgeber: SOZIALEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Innerpolitische Wandlungen.

Von *Robert Grimm.*

(Schluß.)

Die innerpolitischen Wandlungen haben die bürgerlichen Parteien zur Einigung im Kampf gegen die Sozialdemokratie gedrängt. Was aber war damit gewonnen? Ist die Sozialdemokratie in ihrem Vormarsch aufgehalten worden? Haben die Mitgliederbestände der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen eine Verminderung erfahren? Sind die Erfolge der Arbeiterbewegung kleiner geworden? Nichts von alledem. Die vorübergehende Depression während der Krisenjahre ist verschwunden, die Hoffnung des Bürgertums auf die zersetzende Wirkung der kommunistischen Spaltungarbeit zerschellt. Eine Reihe von Städten weist sozialdemokratische Mehrheiten auf, die Bewegung auf dem Lande marschiert. Die geringe Mandatzunahme der Sozialdemokratie bei den letzten Nationalratswahlen beweist nur, daß sich das technische Spiel des Prozesses mit den Reststimmenzahlen vollzog und daß bei einigen Anstrengungen die Korrektur schon bei den nächsten Wahlen automatisch eintreten muß.

Dieser Tatsachen ist man sich natürlich auch im bürgerlichen Lager bewußt. Man weiß: die Negation allein tut's nicht, der Aufgabe schwierigerer Teil steht erst bevor. Das Problem, wie die weitere Abwanderung der unselbständige Erwerbenden zur Sozialdemokratie verhindert, bereits abgewanderte Teile zurückgewonnen werden können, macht einige Schwierigkeiten. Denn jetzt kann es sich nicht mehr um das bloße Aufpolieren alter und veralteter Programme handeln, nicht mehr um die Wiederholung schöner Versprechungen. Läge darin das Heilmittel, so müßte sich das Bürgertum politisch der robustesten Gesundheit erfreuen. Jetzt gilt es, den Weg in die Zukunft zu weisen, positiv zu den Gebrechen des gesellschaftlichen Systems

Stellung zu nehmen, Vorschläge für Änderungen am System selbst aufzustellen.

Die bürgerlichen Parteien versuchen sich in dieser Neuorientierung. Am konsequentesten wiederum die Katholische Volkspartei. Aber auch der Freisinn blieb nicht müßig, nur daß er das Programm von vorneherein durch das Schlagwort zu ersetzen versucht.

Seine Hoffnung ist der «Arbeitsfriede». In England holte er sich das Beispiel. Dort sind die Gewerkschaften gewissen gesetzlichen Zwangsvorschriften unterworfen, dort haben sich Anstrengungen zur Versöhnung der gegensätzlichen Interessen zwischen Kapital und Arbeit gezeigt. Daraus leiten freisinnige Zeitungsschreiber die Richtlinien für die Aussöhnung der sozialen Gegensätze in der Schweiz ab. Es schwelbt ihnen die Beilegung der Arbeitskonflikte durch die Zwangsschiedsgerichtsbarkeit vor, die zugleich die Streiks verbieten würde. Einen Schritt weiter gehen die freisinnigen Gewerbler. Ihr Ideal liegt in der Berufsgenossenschaft mit Lehr- und Wanderjahren, mit Meisterprüfungen und korporativen Preisbestimmungen, ähnlich wie zur Zeit des Zunftwesens.

Die Armseligkeit dieses sogenannten Programms liegt auf der Hand. Richtig ist, daß England seine Trades-Unions gesetzlichen Zwangsvorschriften unterstellt hat. Aber wurden dadurch die sozialen Gegensätze gemildert, die Arbeitskonflikte aus der Welt geschafft? Man verfolge das Los der englischen Kohlengräber, die erschütternden Schilderungen ihrer verzweifelten Lage, die an Schrecken und Grauen sogar hinter sich läßt, was Engels einst über die Lage der englischen Arbeiterklasse schrieb. Man nehme die englischen Arbeitslosenziffern, die steigende Tendenz haben, sicher nicht sinken und die in unwiderleglicher Weise die marxistischen Feststellungen über das Wesen der industriellen Reservearmee bestätigen. Man darf die Beispiele aber auch ruhig aus Deutschland heranholen. Zwar sind dort Streiks und Aussperrungen nicht verboten, aber es besteht die Verbindlichkeit von Schiedssprüchen. Die gesetzlichen Vorschriften haben nicht gehindert, daß die Schwerindustriellen zu gewaltigen Aussperrungen schritten, dem Staat und seinen Organen die Nase drehten und in ihrem Sinn die Sprüche vom Arbeitsfrieden kommentierten.

Was die freisinnigen Gewerbler anbelangt, darf man sie ihrem Ideal der zünftlerischen Berufsgenossenschaft ruhig überlassen. Mögen sie den Versuch wagen. Neben dem Gewerbe steht die sich entwickelnde Industrie, stehen die ökonomischen und gesellschaftlichen Gesetze mit ihrem ehernen Muß, steht die täglich fortschreitende Arbeitsteilung, steht die Abhängigkeit vom Weltmarkt mit ihrer wechselnden Konjunktur als unvermeidlicher Folge. Maßgebend für die schweizerische Wirtschaft

ist nicht das Gewerbe, nicht der ehrsame Klempnermeister von St. Gallen, und was in der Vergangenheit als zeitlich bedingte «soziale Lösung» erschien, taugt nicht als Zukunftslösung in einer auf völlig veränderter Grundlage beruhenden Wirtschaft.

Im Gegensatz zum Freisinn, der sich in seinen positiven Auffassungen des sozialen Problems auf die Vermittlerrolle des Staates und seiner Organe beschränkt, ohne vom Kapital und seinen Trägern irgendwelche Opfer zu fordern, steht die Auffassung der Katholisch-Konservativen. Ihr Spezialist für Intelligenz, Herr Bundesrat Musy, hat versucht, sich ein Zukunftsbild aus den Zuständen der Gegenwart abzuleiten, ein Versuch, ebenso interessant wegen seines politischen Hintergrundes, als wegen seiner Kritik am gesellschaftlichen System. Die Schrift «Staat und Arbeitgeber im sozialen Leben» ist kurz vor den Nationalratswahlen erschienen, im Getöse des Kampfes jedoch untergegangen. Sie ist der Versuch einer theoretischen Fundierung der zur Wahlzeit erschienenen Streitschriften: «Soll der Sozi die Schweiz regieren?» und «Solidarität statt Sozialismus», die allzu plump und dumm dreinfuhren und mehr verrieten, als den Hintermännern lieb war.

Wir verzichten auf eine Kritik der gesellschaftstheoretischen Improvisationen Musys, seiner eigentlich auch einem schweizerischen Bundesrat nicht erlaubten seichten Phraseologie, seiner gesellschaftlichen Begriffsbestimmung, seiner Schilderung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft. Es ist auch vollständig überflüssig, auf seine saloppe Darstellung des Sozialismus und Marxismus einzugehen. Wenn ein Politiker vom Schlag Jean-Maria Musys erklären kann,

«Der Sozialismus stellt den Proletarier dem Kapitalisten und Geistesarbeiter entgegen. *Danach* umfaßt das Proletariat alle Menschen, die kein Kapital besitzen *und* Handarbeit leisten»,

dann ist das ein ebenso hanebüchener Unsinn, wie der Gallimathias ein paar Zeilen weiter:

«Die Marxsche Theorie enthält einen schwerwiegenden Irrtum; sie läßt eine Hauptsache außer acht: die menschliche Persönlichkeit, die Individualität.»

Wenn das irgendein protestantischer Landpfarrer sagt, der aus Irrtum glaubt, er sei Sozialdemokrat, ist das am Ende entschuldbar; für einen schweizerischen Bundesrat, der sich als politischer und nationalökonomischer Professor vor seine Luzerner Studenten hinstellt, ist es mehr — es ist blamabel und deutet auf eine fürchterliche intellektuelle Unbildung hin. Interessant wird Musy erst dort, wo er an die soeben berührte Auffassung des Freisinns über den «Arbeitsfrieden» anknüpft, aber einen Schritt über sie hinausgeht und die theoretische Basis für die

praktische Zukunftspolitik des Bürgertums, unter der geistigen und strategischen Führung der Katholischen Volkspartei, zu bilden versucht.

Das Ziel dieses Versuches bestimmt die Mittel zu seiner Durchführung, und der Zweck heiligt bekanntlich die Mittel. So entäußert sich in diesem Belang Musy der schwarzen Robe seiner Gesinnung. Er gibt sich als bürgerlicher Politiker schlechthin, nicht als katholischer Politiker. Sein politisches Ziel zwingt ihn, das Problem losgelöst von allem römisch-katholischen Beiwerk zu behandeln. Er gefällt sich in der Rolle des Realisten, des nüchternen Tatsachenmenschen und gibt mit keinem Wimpernschlag zu erkennen, daß er sich seine weisen Ideen bei den katholischen Soziologen des deutschen Zentrums holte, die ihm für die Theorie ebenso Vorbild sind, wie der Oesterreicher Seipel für die politische Praxis, obwohl gerade in Deutschland diese Theorie in den letzten Jahren jämmerlich Schiffbruch erlitten hat.

Was ist nun der Ideengang Musys?

In kurzer Herausschälung ergibt sich die Abneigung gegen den sogenannten Etatismus, den Musy leichter Hand dem Staatssozialismus gleichsetzt. Er trifft sich hier mit den beim rechten Flügel des Freisinns bestehenden Anschauungen. Musy behauptet, und so viel an ihm muß er es ja wissen, daß die öffentliche Verwaltung dem Beamten das Gefühl der persönlichen Verantwortung raube, mit welcher Feststellung Musy wahrscheinlich manche seiner Handlungen als oberster Staatsbeamter erklären wollte. Er nennt als weitern Grund die Tausende von Beamten und Angestellten in den eidgenössischen und kantonalen Verwaltungen, in den staatlichen Regiebetrieben, Tausende von Beamten und Angestellten, die nach Musy «die jetzt schon zu große Zahl der unselbständige Erwerbenden vermehren». Vom politischen wie vom sozialen Gesichtspunkt sei zu vermeiden, daß das eher einem Mißverhältnis gleichkommende Verhältnis zwischen den 20 Prozent selbständig und den 80 Prozent unselbständig Erwerbenden erschwert werde. Woraus logischerweise zu folgern wäre, der Abbau des Beamten- und Angestelltenstabes der öffentlichen Dienste führe zu einer Verschiebung dieses Verhältnisses im Sinne einer Vermehrung der selbständig Erwerbenden, die abgebauten Staatsbeamten und die Leute, die in den staatlichen Betrieben nicht unterkommen können, würden in der Privatwirtschaft samt und sonders die Existenz eines selbständigen Unternehmers oder Geschäftsmannes finden. So tief sinnig plauderte Musy vor der intellektuellen fine fleur seiner Gesinnungsfreunde.

Man braucht indessen nur ein paar Seiten weiter zu lesen, um hinter des Pudels Kern zu kommen. Musy bekämpft den Staatsbetrieb aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Po-

litisch, weil die Staatsbeamten unter der Einwirkung seiner famosen Personalpolitik immer weniger Verständnis für angestammte Staatstreue besitzen, wirtschaftlich, weil «die Produktion nicht Aufgabe des Staates sei» und die Menschen von ihm nicht Reichtum verlangen dürften, «der einzig das Ergebnis der persönlichen Kraftentfaltung sein kann». Praktisch gesprochen, weil Musy in der Tatsache der kapitalistischen Ausbeutung kein menschlich und christlich anfechtbares Prinzip erblickt und er die Anhäufung von Reichtum als das Recht der gesellschaftlichen Oberschicht betrachtet. Auch hier besteht die enge Verbindung zwischen ihm und der freisinnigen Anschauung der Dinge. Wie der Freisinn, schiebt er dem Staat der Klassengesellschaft die Aufgabe zu, den wirtschaftlichen Frieden zu organisieren, und exklamiert in den Sätzen:

«Wir erwarten ungeduldig den Tag, an dem das Schweizer Volk endgültig den Streik und die Aussperrung ausschalten wird, um alle Arbeitskonflikte den Gerichten zu übertragen, in denen Arbeitgeber und Arbeiter vertreten sein werden.»

Musy beteuert aber noch mehr. Er erklärt trotz seiner Ablehnung von Eingriffen der politischen Gewalt in das wirtschaftliche Leben, kein Anhänger des Manchestertums zu sein. Er will sich die dem Staat zu überbindende Aufgabe, die Ausschaltung des Streiks und der Aussperrung, scheinbar etwas kosten lassen und wendet sich deshalb an die Unternehmer. Leise, leise klingen in diesem für die Arbeiter nicht unwichtigen Teil seiner Erörterungen faschistische Ideen durch, gemildert durch die leidige Tatsache, daß die Schweiz immerhin eine respektable demokratische Vergangenheit besitzt. Dabei merkt man die Verlegenheit und den Zweck. Die Ausführungen werden mager und schmal, die Ausdrucksweise ist verschwommen, man spürt, wie es sich im Grunde genommen nur um eine Beschwichtigung der katholischen Arbeiter handelt, die schließlich vom Weihrauch allein nicht leben können und sich ihre eigenen Gedanken über die enge Alliierung der katholischen Politiker mit den Koryphäen der Bankwelt und der Industrie machen.

Positiv nun bringt Musy den katholischen Arbeitern zwei Dinge: die Gewinnbeteiligung und den Familienlohn. Freilich nur in der Theorie und ohne irgendwelche Aussicht auf ihre Verwirklichung. Wie er sich die Gewinnbeteiligung praktisch darstellt, vermag er selbst nicht zu sagen. Mit der tiefgründigen Sentenz: «Es ist möglich, daß die schon alte Form des Lohnsystems weiterdauern wird. Indessen ist kein Grund, daß seine gegenwärtige Form in einer Welt, wo nichts ewig ist, für immer daure», kann auch der systemtreueste Arbeiter beim

besten Willen nichts anfangen, sowenig wie mit dem allgemeinen Schwatz, die Gewinnbeteiligung habe sich den besondern Bedingungen eines jeden Betriebes anzupassen, sie brauche nicht in Bargeld ausgerichtet zu werden, die Zuwendung von Obligationen oder Aktien, Sparheften oder die Schaffung eines besondern Fürsorgefonds genüge ebenfalls.

Diese nichtssagende, zu nichts verpflichtende Umschreibung enthebt uns der Kritik. Würde die Darstellung Musys auch nur halbwegs den Ernst der vor vielen Jahren publizierten Feigenwinterschen Schrift erreichen, ließe sich über die Sache diskutieren. Dann würde sich zwingend ergeben, daß das Problem der kapitalistischen Gewinnbeteiligung, die an den Eigentumsverhältnissen prinzipiell nichts ändert, schon aus zwei Gründen unlösbar ist: einmal mit Rücksicht auf die wechselnden Konjunkturen und sodann mit Rücksicht auf die Wanderung und Arbeitslosigkeit. Jeder Versuch, die soziale Frage ohne Veränderung der Eigentumsverhältnisse «zu lösen», ist zum Scheitern verurteilt. Selbst dort, wo die Ausnahme die Regel bestätigt, wo die Gewinnbeteiligung praktisch versucht wurde, erzeugt sich sofort, daß ihre Wirkungen sich immer nur auf eine verschwindende, für das Gesamtproblem vollständig unbedeutende Minderheit beschränken, während die große Masse von ihnen gar nicht erfaßt werden kann.

Noch kärglicher als die Erörterung der Gewinnbeteiligung steht bei Musy die Darstellung des Familienlohnes da. Er ist gescheit genug, zu wissen, daß es sich bei der Lohnfrage in einem vom Weltmarkt abhängigen Land um ein internationales Problem, nicht um eine nationale Frage, die auf nationalem Boden gelöst werden könnte, handelt. Sein Schlußappell, es sollten sich «die großen industriellen Führer und Leiter der Handelsunternehmungen zusammenfinden, um die sozialen Fragen zu studieren und sie zu lösen», ist denn auch neben dem Eingeständnis, daß Musy selbst über diese Fragen sich nicht klar ist, mehr ein politisches Ablenkungsmanöver als ein praktischer Versuch zu einer wirklichen Lösung.

Als Quintessenz der innerpolitischen Wandlungen und der versuchten Herstellung einer theoretischen Basis für eine nationale Einheitspolitik des Bürgertums ergibt sich immerhin die eine erfreuliche Tatsache: Die Gegner der Sozialdemokratie sind so weit, daß sie nicht mehr wagen, die Gegenwartsgesellschaft als die beste aller Welten darzustellen. Ihre Kritik dringt stellenweise, auch wenn es sich nur um den demagogischen Zweck, um die Furcht, weitere Arbeitermassen zu verlieren, handelt, doch schon auf das System vor. Die Sozialdemokratie darf damit zufrieden sein. Sie braucht die Wirkungen dieser Kritik nicht zu fürchten, noch weniger die «positiven Versuche» im Genre Jean Maria Musys. Interessant sind diese Versuche

in einer ganz andern Richtung: inwiefern es ihm nach Seipelschem Muster gelingt, die Freisinnige Partei und Politik zu zer setzen und sein Ziel einer national-bürgerlichen Politik unter katholisch-konservativer Führung zu verwirklichen. Die Sozialdemokratie wird diese Bestrebungen verfolgen und im übrigen ihren geraden Weg weiter marschieren, in der Gewißheit, daß auch die ausgeklügeltste Politik ihrer Gegner den logischen Gang der Geschichte weder zu unterbrechen noch aufzuheben vermag.

Einige Erwägungen zum landwirtschaftlichen Problem.

Von Dr. *Fritz Marbach*, Bern.

Der Titel dieses Aufsatzes zwingt zu einer einleitenden Erklärung: Wenn man zu irgendeinem Problem Stellung nimmt, wird man gewöhnlich versuchen, das Einzelproblem hineinzustellen in einen dieses Einzelproblem determinierenden, allseitig zu betrachtenden und mit Zahlen zu unterlegenden Problemkomplex. Man bekommt zufolge dieser Methode einen erweiterten Ueberblick über das in Frage stehende Gebiet und persönlich die Genugtuung, etwas Ganzes dargestellt zu haben. Die Methode ist trotz der Mängel, die ihr anhaften können, im allgemeinen die gerechtfertigte. Ohne ihre Anwendung läuft man Gefahr, wichtige Gesichtspunkte zu verlieren. Und doch möchten wir für diesen Aufsatz die eben erwähnte Methode nicht benutzen. Aus folgenden Gründen: Das landwirtschaftliche Problem ist eines der umfassendsten der Wirtschaft, und wenn es nicht überhaupt das umfassendste ist, dann ist es zum mindesten das komplizierteste. Immer dann, wenn versucht wird, im beschränkten Rahmen eines Aufsatzes umfassende Ueberblicke über die landwirtschaftliche Frage zu geben, tritt neben das Positive einer solchen Darstellung das Negative der Nichtberücksichtigung der außerordentlichen Komplikationen oder das Unhaltbare der Koordinierung wesentlich sehr verschiedener und daher in der Bedeutung nicht gleichwertiger Erscheinungen. Es dürfte deshalb gerechtfertigt sein, einmal einen Aufsatz zu schreiben, der sich auf die Analyse einiger agrarwirtschaftlicher und agrarpolitischer Zentralgedanken beschränkt.

Immer mehr wird die schweizerische Sozialdemokratie gezwungen, zu agrarwirtschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen. Besonders die letzten Hilfsaktionen des Bundes und der Kantone zwangen sie dazu, nachdem schon die Fragen des Getreide rechtes das Landwirtschaftsproblem zur Aktualität gemacht